EEG-Einigung sichert industrielle Arbeitsplätze in der Region

08.04.14

EEG-Einigung sichert industrielle Arbeitsplätze in der Region

Das Bundeskabinett hat heute den Gesetzentwurf für eine Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) beschlossen. Gleichzeitig haben sich EU-Kommission und Bundesregierung über die Entlastung energieintensiver Unternehmen grundsätzlich verständigt.

Dazu äußerte sich UVB-Hauptgeschäftsführer Christian Amsinck wie folgt: „Energiekosten sind bei vielen Unternehmen ein ganz entscheidender Kostenfaktor. Deshalb begrüßen wir die Einigung zwischen Bundesregierung und EU-Kommission beim EEG in der Frage der Entlastung energieintensiver Unternehmen im Grundsatz. Allerdings werden einige Unternehmen künftig deutlich mehr zahlen müssen als bisher.“

Zur Bedeutung des Kompromisses für die Industrie sagte Amsinck: „Die Industrie war und ist ein entscheidender Wachstumsgarant. Aufgrund seiner industriellen Stärke steht Deutschland heute wirtschaftlich besser da als viele andere Länder in Europa. Deshalb dürfen wir die im internationalen Wettbewerb stehende energieintensive Industrie nicht weiter belasten. Mit dem heutigen Kompromiss werden diese Unternehmen auch zukünftig von den Steigerungen der EEG-Kosten entlastet und industrielle Arbeitsplätze in Deutschland und der Region dauerhaft gesichert.“

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Ihr Ansprechpartner zum Thema Energie

Abteilungsleiter Wirtschaftspolitik

Burkhard

Rhein

Telefon:
+49 30 31005-117

Telefax:

+49 30 31005-240

E-Mail:
Rhein [at] akb-kunststoff.de

Download VCF